

5 Fragestunde

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen nun zur Fragestunde. Wir haben jetzt genau 12.29 Uhr und ich darf Herrn Gemeinderat Huber bitten, die Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner zu stellen.

Beginn Fragestunde 12.29 Uhr

5.1 Frage 1: Wiedereröffnung des Pongratz-Moore-Stegs (GR Huber, an VizeBgm Mag. Schwentner)

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Frage betrifft eine wichtige Verkehrsverbindung im Grazer Norden, nämlich den Pongratz-Moore-Stege. Der ist ja leider seit einiger Zeit aus staatlichen Gründen gesperrt und stellt somit leider ein Hindernis für viele Personen im Alltag dar, weil sie einen Umweg zur Arbeit oder eben in der Freizeit den Steg nicht mehr nutzen können und auf diesen Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende

Frage

Bis wann planen Sie als zuständige Stadträtin die Wiedereröffnung des Pongratz-Moore-Steges ?

Originaltext der Frage:

Seit mehreren Wochen ist der Pongratz-Moore-Steg – aus statischen Gründen – gesperrt und damit für die Bevölkerung nicht zugänglich.

Der Steg stellt eine wichtige Verbindung zwischen den Bezirken Gösting und Andritz dar und wurde tagtäglich von unzähligen Menschen auf dem Weg zur Arbeit oder für Freizeitaktivitäten genutzt.

Mit der Sperre des Stegs ist somit eine wichtige Verkehrsverbindung im Norden von Graz weggefallen. Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende

Frage:

„Bis wann planen Sie als zuständige Stadträtin die Wiedereröffnung des Pongratz-Moore-Stegs?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Ja, danke für die Frage. Sie kommt eine Woche zu früh, ich sage warum, aber ich beantworte sie gerne, soweit ich sie beantworten kann.

Weil, wie Sie schon sagen, das ist eine unumstritten sehr, sehr wichtige Verbindung im Grazer Norden ist über die Mur, von den beiden Murofern und wir sollten natürlich schauen, dass diese Verbindung keinen Tag länger als notwendig gesperrt ist.

Auch ich bin Benutzerin dieses Stegs und viele von uns. Und wir wissen, dass auch schon viele uns geschrieben haben und verwundert sind, dass der gesperrt ist.

Zur Zuständigkeit vielleicht. Ich bin zuständig politisch für das Straßenamt und insofern sozusagen für die Botschaft, die auch mich überrascht hat, Anfang Juli, dass der Steg gesperrt werden muss, aus sicherheitstechnischen Gründen.

Inhaltlich die Zuständigkeit noch, weil das kommt jetzt auch noch dazu, was weiter passiert bei der Wasserwirtschaft Holding und deswegen ist auch die Wasserwirtschaft Holding jetzt vor allem mal damit beschäftigt, wie wir weiter tun. Vielleicht zur Erinnerung, der Pongratz-Moore-Stegs ist Ende der 60er Jahre eigentlich als Rohrbrücke für das Wasserwerk gegründet worden und im Zuge dessen sind dann auch viele Leitungen drüber verlegt worden. Es ist Strom, Gas, Wasser und Telekom-Leitungen gehen da drüber und in der Folge ist eine Rad- und Fußverkehr passiert. Es wurde aber nie eigentlich für den Rad- und Fußverkehr geplant. Das ist das, was offen war, also schon vor unserer Zeit, wahrscheinlich vor aller Zeit, jahrelang auch, deswegen überprüft werden wir müssen, inwieweit diese Brücke das überhaupt aushält. Jetzt scheint dieser Zustand eingetreten zu sein, dass trotz regelmäßiger Sicherheitskontrollen die Sicherheit nicht mehr gegeben ist. Deswegen war sie eben Anfang Juli gesperrt und die Wasserwirtschaft hat einen Gutachtenauftrag gegeben, um zu prüfen, ob man das reparieren kann, beziehungsweise auch optimieren mit dem Ziel, einen wirklichen Fuß- und Radweg zu machen, der allen Interessen gerecht wird, oder ob man es neu bauen muss. Jetzt ist es so, dass wir zwar einen Vorbericht haben, der Vorbericht aber noch nicht öffentlich ist und der am 26. September mit dem Auftragnehmer und der Holding diskutiert wird. Infolge dieser Diskussion kommen dann Empfehlungen und erste Einschätzungen über den Zustand des Stegs, über den Aufwand für Leitungsverlegungen und ob eine Neuerrichtung oder Sanierung möglich ist. Das, was ich gehört habe, kann ich sagen, es scheint zu sein, dass eine Neuerrichtung notwendig sein wird, aber wir müssen eben dieses Gutachten und das Ergebnis dieser Diskussion abwarten. Dann können wir entscheiden, wie die Neuerrichtung oder die Sanierung passiert.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön. Zusatzfrage bitte, Herr Gemeinderat.

Gemeinderat **Huber**:

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Die Bezirke Gösting und Andritz setzen sich sehr für die Wiedereröffnung des Stegs ein, auch für eine Neukonstruktion und da möchte ich nur fragen, ob Sie da uns unterstützen zur Seite stehen, weil ich glaube, die Breite ist eine ganz optimale Stärke, wenn man zum Beispiel an zwei Rollstuhlfahrer denkt, die kommen leider gar nicht vorbei aneinander, die muss ich mal erwarten und ich glaube, das wäre wirklich ein gutes Zeichen

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Sicher, alle haben eine volle Unterstützung bei der Geschichte, weil das extrem wichtig ist. Wir warten jetzt das Gutachten ab und dann versuchen wir das so schnell wie möglich und rasch wie möglich umzusetzen. Müssen wir es neu bauen, dauert es natürlich und diese Zeit müssen wir aushalten und ausweichen, wenn es so weit kommt. Aber das wird auch so gebaut werden müssen, dass der Fuß- und Radverkehr barrierefrei und sozusagen ohne gegenseitige Behinderungen vorstattengehen kann.

5.2 Frage 2: Nachhaltigkeit bei Neuerrichtungen und Sanierungen von Sportflächen in Graz (GR Aygan-Romaner, Grüne an StR Hohensinner, ÖVP)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächste Fragestellerin, Frau Gemeinderätin Aygan-Romaner, stellt die Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen, liebe Zuschauerinnen, lieber Kurt, ich möchte heute auf ein Thema eingehen, das mich eigentlich schon seit Ewigkeiten beschäftigt, nämlich seit dem Augenblick, wo im Schulhof meiner kleinen Tochter ein Kunstrasenbelag verlegt wurde. Ich habe mich damals schon einigermaßen beschäftigt mit den Themen der Sportplätze und -beläge.

Wir als Stadt Graz tragen die Verantwortung für mehrere Sportplätze und auch Schulsportflächen. Je nach den Anforderungen, die es gibt, gibt es verschiedene Oberflächengestaltungen, zum Beispiel Naturrasensand, sogenannte Tennenplätze, ein Kunstrasen oder Gummimulchbeläge. Die Auswahl hängt von den Anforderungen ab. Es gibt allerdings Gefahren, die im Laufe der Zeit entstehen, vor allem bei den Gummimulchbeläge und den Kunstrasenbelägen. Diese nutzen sich mit der Zeit ab und es werden Nanopartikel und sehr kleine Partikel abgerieben. Diese werden dann in die Umgebung abgegeben. Man weiß noch nicht genau, welche Gefahren Nanopartikel und ultrafeine Partikel für Lebewesen bergen, aber man weiß, dass sie teilweise krebserregend sind und viele andere Krankheiten verstärken. Als Stadt Graz haben wir uns dem Nachhaltigkeits- und Klimaschutz verpflichtet und ich finde, dass auch der Umgang mit den Sportplätzen Teil dieser Strategien sein muss. Natürlich sind die Kosten hier nicht unerheblich, da Sportplätze alle 10 bis 15 Jahre saniert werden müssen. Aber das Land und der Bund bieten Förderungen für Sanierungsvorhaben von Sportplätzen an, die nach Umweltverträglichkeit ausgewählt werden. Diese Förderungen werden jedoch anscheinend für die Sportplätze nicht oft in Anspruch genommen. Daher stelle ich die

Frage

ob die Stadt Graz sicherstellen wird, dass bei der Neuerrichtung bzw. der Sanierung von Sportplätzen und Sportanlagen in Schulen ausschließlich umwelt- und gesundheitsverträgliche Materialien verwendet werden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

die Stadt Graz trägt die Verantwortung für die Errichtung und den Erhalt von Bezirkssportplätzen und Schulsportflächen. Je nach Anforderungen variieren dabei die

Ausstattung und die Oberflächen der Sportflächen: Naturrasen, Sand, Tennenplätze, Kunstrasen oder Gummimulchbeläge.

Für die Auswahl der Oberflächen spielen einige Faktoren eine Rolle, vor allem die Kosten und die Wartung werden berücksichtigt. Nicht zuletzt sollten aber auch die Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit der Nutzer:innen und die Nachhaltigkeit dieser Beläge eine Rolle spielen. Je nachdem, ob die Sportflächen aus Naturrasen oder Tennenplätze sind (Schlacken und Ascheoberflächen), aus Kunstrasen oder Gummimulchbelägen bestehen, ergeben sich Gefahren für die Gesundheit der Kinder und Erwachsenen, die diese Plätze bespielen, sowie Schäden für die Umwelt. So sind der Abrieb und der Infill (der noch vielfach aus Gummigranulat aus alten Reifen mit bedenklichen Zusätzen besteht) bei Kunstrasenflächen schon seit Jahren Thema, inzwischen schon auf EU-Ebene, da der Schwund an Infill und der Abrieb der Sportplätze pro Jahr bis zu 10 % beträgt und als Nanopartikel und ultrafeine Partikel ins Grundwasser, in die Luft und in die Vegetation und damit auch in unsere Lebensmittel gerät.

Was Nanopartikel und ultrafeine Partikel in Lebewesen anrichten, ist nicht abzusehen. Sie reichern sich im Körper an, da sie durch ihre Größe durch die Zellwände wandern können und nicht ausgeschieden werden. Sie verursachen und verstärken Krankheiten, wirken als Mutagene und damit krebserregend. Auch Ascheplätze und Schlackenplätze können giftiges, dioxinhaltiges Kieselrot enthalten. Nicht zu vergessen, die geringe Sickerfähigkeit von Oberflächenwasser auf diesen Plätzen und ihre Erhitzung.

Wir in der Stadt Graz haben uns zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz bekannt und auch die Nachhaltigkeit der Sportplätze sollte Teil der Strategie sein. Natürlich ist der Kostenfaktor nicht unerheblich, Sportplätze sind alle 10-15 Jahre zu sanieren. Land und Bund gewähren aber bei Sanierungsvorhaben von Sportplätzen nach umweltverträglichen Kriterien Förderungen, vor allem Infrastruktur- und

Umweltförderungen, die jedoch anscheinend bislang nicht oft in Anspruch genommen werden.

Ich stelle daher an Sie folgende

Frage:

Sind Sie bereit sicherzustellen, dass bei der Neuerrichtung bzw. Sanierung von Bezirkssportplätzen sowie Sportanlagen in Schulen bei Oberflächen und Ausstattung ausschließlich umwelt- und gesundheitsverträgliche Materialien verwendet werden?

Stadtrat Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätin, ja, danke für die Frage. Das Sportamt verwendet ausschließlich Belege und Materialien, die vom Institut für Schul- und Sportstättenbau zertifiziert sind. Hier wird genau auf die von Ihnen hingewiesenen umwelt- und gesundheitsverträglichen Materialien geachtet. Aufgrund der intensiven Nutzung der Sportflächen sind oft Wiesen nicht geeignet und man muss auf andere Materialien zurückgreifen. Beim Kunstrasen setzen wir zum Beispiel auf Kork. Bei Asphalt- und Betonflächen, die fast unverwüstbar sind, wird oft ein zusätzlicher Belag aus EPDM gewünscht. Dieser Belag ist jedoch problematisch, wenn er sich abnützt, da man dann meist den gesamten Belag erneuern muss. Daher haben wir einen nachhaltigen Kunststoffkachelbelag in St. Vincenz ausgetestet, bei dem man die einzelnen Kacheln austauschen kann. Von daher können Sie mir und dem Sportamt vertrauen, dass wir auf Nachhaltigkeit setzen, soweit es möglich ist.

Gemeinderätin Aygan-Romaner:

Das die neuen Vorhaben nachhaltig und verträglich geplant werden, darauf vertraue ich auch. Aber wie steht es mit Sanierungsvorhaben, denn wie gesagt, alle 10 bis 15

Jahre werden die Sportplätze saniert. Wird auch hier auf Nachhaltigkeit geachtet und werden entsprechende Materialien getestet?

Stadtrat **Hohensinner**:

Also das ist nichts Neues. Ich habe ja auch in der ersten Antwort gesagt, dass wir in den letzten Jahren auf Nachhaltigkeit geachtet haben und auch weiterhin achten werden. Ich bin kein Experte, aber ich vertraue dem Sportamt. Wenn Sie nicht so viel Vertrauen haben, könnten wir ein Treffen im Sportamt vereinbaren.

5.3 Frage 3: Aktueller Stand in Sachen Gebäude- und Wohnungsregister zur Vorbereitung für eine mögliche Leerstandsabgabe. (GR Robosch, SPÖ an VizeBgm Mag. Schwentner, Grüne)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächste Fragestellerin stellt Frau Gemeinderätin Robosch eine Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

Gemeinderätin **Robosch**:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtregierung, liebe Vizebürgermeisterin, liebe Judith.

Die Nutzung des leerstehenden Wohnraums ist ein Ziel, das wir uns in Graz und auch als Koalition gesetzt haben. In der Vergangenheit wurde viel über Leerstandserhebungen und mögliche Leerstandsabgaben diskutiert. Leider hatten wir in Graz in der Vergangenheit nicht ausreichend Daten, um eine gute Leerstandserhebung durchzuführen. Daher haben wir uns das Gebäude- und Wohnungsregister der Stadt Innsbruck und der Georg Willing angesehen und beschlossen, das Gebäude- und Wohnungsregister in Graz zu aktualisieren. In Bezug auf das Wohnungsregister gibt es seit Jahrzehnten Aufholbedarf in Graz. In den Budgetverhandlungen haben wir zusätzliche Mittel und Dienstposten zur Verfügung gestellt bekommen und daher

Frage

ich Sie, liebe Vizebürgermeisterin, wie der aktuelle Stand in Bezug auf das Gebäude- und Wohnungsregister zur Vorbereitung einer möglichen Leerstandabgabe ist?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, die

Frage:

Wie ist der aktuelle Stand in Sachen Gebäude- und Wohnungsregister zur Vorbereitung für eine mögliche Leerstandsabgabe?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Ja, danke liebe Anna Robosch für diese Frage, weil sie tatsächlich komplex ist und schwer zu kommunizieren war und insofern ist es gut, dass man da mal ausholen kann. Tatsächlich ist eurer Fraktion, aber auch unserer Position gemeinsam das Anliegen groß, den Leerstand endlich erheben zu können, weil wir wissen, Stichwort Anlegerwohnungen, Stichwort Mietpreise, Immobilienfonds, dass wir nur, wenn wir eine entsprechende Datenlage haben, auch entsprechend steuern können. Wir haben auch im Bericht zum Wohnen im Ausschuss zur Stadtplanung damals Hinweise bekommen, aber eben die fehlende Datenlage verunmöglicht dann auch ein politisches entsprechendes Steuern. Ihr habt doch deswegen auch zu Recht eure Fraktion bei den Budgetverhandlungen dafür eingesetzt, dass wir entsprechende Dienstposten bekommen, damit wir endlich sozusagen einen flächendeckenden Gebäude- und Wohnungsregister aufbauen können. Die Frau Abteilungsleiterin Achleitner ist ja da und hat uns dann auch hingewiesen darauf, was alles notwendig ist

und was wir brauchen, um überhaupt entsprechend arbeiten zu können, beziehungsweise die Verwaltung entsprechend arbeiten kann und die Datensituation verändern.

Wir haben auch im Zuge dessen auch aus dem Austausch, wie schon erwähnt, mit der Stadt Innsbruck gesetzt, weil Innsbruck uns da tatsächlich Jahre voraus ist und 2019, also noch früher, begonnen hat, sich mit dem Thema zu beschäftigen und auch entsprechend aufgestockt hat personell und begonnen hat, die Datenlage aufzuarbeiten und man kann wirklich sagen, die sind Vorreiter in Sachen Leerstandserhebung. Wir haben das zuerst auf politischer Ebene in einem ersten Austausch gemacht, weitere Gespräche laufen, nachdem das jetzt angepasst war, auf Verwaltungsebene und soweit ich ihn kenne, das Bild laufen die sehr gut. Und gibt es da wirklich, also gibt es echte Experten in Innsbruck, wo wir lernen und mitnehmen können und wie wir das Rad erfinden müssen.

In Innsbruck hat man zum Beispiel festgestellt, dass 7,8 Prozent aller Wohnungen leer stehen. Das sind mehr als 3.000 Wohnungen, obwohl sie vermietet werden könnten. Natürlich kann man dann entsprechend agieren. Wir sind wie gesagt beim Adressgebäude und Wohnungsregister in der Aufbauphase. Seitdem das in der Verantwortung der Abteilung ist, der genannten, haben wir auch einen Pilotversuch begonnen, gemeinsam mit dem Stadtplanungs- und dem Stadtvermessungsamt, und wir haben eben gesehen, dass mit den aktuellen Elementen, die wir haben, eigentlich keine valide Aussage zu treffen ist. Daher sozusagen die Initiative, da weiterzugehen und entsprechend aufzustocken. Mir ist es sehr wichtig zu sagen, warum wir das brauchen, weil es da Diskussion war, da jetzt so viele Menschen einzustellen und so viele jetzt sozusagen erzählen zu lassen oder diese Arbeit zu tun.

Es ist wichtig als Basis in der kommunalen Verwaltung insgesamt, wir brauchen das bei Meldewesen für die Auszahlung von Sozialleistungen, es ist wichtig für die städtische Einnahmenseite, bei der Berechnung der Grundsteuer und ein aktueller Datenstand hilft uns dabei. Insofern haben wir uns jetzt auf den Weg begeben, aber ich muss ganz ehrlich sagen, das wissen wir aus der Verwaltung, das dauert jetzt auch eine Zeit lang,

was wir auch aus Innsbruck gesehen haben, bis wir so weit sind, um entsprechende Daten, die vielleicht dann nach und nach kommen, auch verwerten zu können.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin **Robosch**:

Ja, danke. Ich würde auch für den Hinweis, dass es nicht nur im Bereich Wohnraum, sondern auch in vielfältiger Abgabenhinsicht für die Stadt Graz wichtig ist, so ein aktuelles und auch sehr gutes Register zu führen.

Meine Zusatzfrage richtet sich an die Zeitperspektive. Wann ist damit zu rechnen, dass dieses Register auf dem aktuellen Stand ist, und mit einer Fertigstellung, wann ist damit zu rechnen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich kann sagen, dass wir jetzt zwei neue Büros eingerichtet haben. Das sind die ersten neun Mitarbeiterinnen, an der Weise der Manfred Eber, wahrscheinlich mehr darüber, aber auch die Stadt neun Mitarbeiterinnen, da weiß der Manfred Eber wahrscheinlich mehr darüber, aber auch die Stadtvermessung neun Mitarbeiterinnen eingestellt, vier Personen fürs AGBR und ein weiterer Lehrling. Die haben jetzt mal begonnen, mit 1.1.2024 kommen noch zwei weitere Personen im Stadtvermessungsamt dazu.

Nach Einschulung können die beginnen, aber es wird Zeit dauern. Ich kann das konkret nicht sagen, müssen wir mit der Stadtvermessung nochmal reden, wie das anläuft. Wir wissen aber, in Innsbruck hat es Jahre gedauert, bis wir eine entsprechende Datenlage gehabt haben. Wir werden schauen, ob wir es sukzessive bekommen und auch sukzessive verwerten können. Aber wie gesagt, die haben 2019 begonnen, ein eigenes Referat einzurichten und ich glaube im letzten Jahr dann, das wirklich auswerten können, soweit ich jetzt im Bilde bin.

5.4 Frage 4: Maßnahmen Setzung gegen die Ragweedpflanze im Grazer Stadtgebiet (KO Pascuttini, KFG an VizeBgm Mag. Schwentner, Grüne)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Als nächster, Herr Dr. Klubobmann-Pascuttini, stellt die Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, ich hoffe, dass nicht alle von Ihnen dieses Problem kennen, aber leider werden es sehr viele kennen. In diesen Tagen, die Augen tränen, der Hals schmerzt, das Atmen fällt schwer und nein, ich rede jetzt nicht davon, dass der Bruder von einem hochrangigen FPÖ-Politiker wieder Crystal Meth aufkocht am Nachbargrundstück, nein, ich spreche von Ragweed, das in Graz leider wirklich zunehmend ein Problem ist, wo wir wirklich erleben, dass sich diese Pflanze, die vor gar nicht allzu langer Zeit in Europa heimisch geworden ist, sich nicht nur in Graz, sondern auch in der Steiermark, auch in Kärnten und auch im Burgenland vehement ausbreitet. In den letzten Tagen, ich bin auch selbst ein Betroffener, reagiere auch immer sehr allergisch, im wahrsten Sinne des Wortes, auf dieses Kraut im September, haben wir sehr, sehr viele Zusendungen erhalten, dass es in Grazer Stadtgebieten viele Areale gibt, wo teilweise verkrautetes Unkraut unter anderem auf Wegen wächst. Jetzt ist das Burgenland in dieser Frage schon ein bisschen weiter, also die sind bei Invasoren aller Art immer einen Schritt voraus, auch die südrussische Tarantel, die langsam, aber sicher im Burgenland, aber auch in der Steiermark heimisch wird, hat das Burgenland schon einen Aktionsplan, sei bei dieser Stelle angemerkt. Auch bei der Tigermücke, wo wir schon sehr, sehr lange, also bevor das jetzt so groß in den Medien gekommen ist, gelernt haben, dass die nicht nur im Süden von Graz ihre Unwesen treibt, sondern auch schon im Norden bei mir angekommen ist. Und dieses Ragweed, das zeichnet sich dadurch aus, dass es auch auf

leerstehenden alten Industriegeländen, auf Baustellen etc. überall wächst und einfach eine extrem hohe Allergiebelastung hat. Jetzt stellt sich für mich die

Frage

sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, welche Maßnahmen werden Sie setzen, um eine wirkungsvolle Bekämpfung der Ausbreitung der Pflanze im Grazer Stadtgebiet sicherzustellen? Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!

Seit Jahren verbreitet sich in Österreich die invasive Pflanzenart „Ragweed“. Diese Pflanze kann schon bei einer geringen Pollenkonzentration heftige allergische Reaktionen wie etwa Heuschnupfen, Bindehautentzündung, Bronchitis, Atemnot und allergisches Asthma auslösen. Ragweed ist auch im Grazer Stadtgebiet und im Grazer Umland stark verbreitet– und so gibt es aktuell auch zahlreiche Reaktionen aus der Grazer Bevölkerung, die von einer in Graz vorherrschenden besonders heftigen Allergie-Problematik zeugen.

Auch in der Landwirtschaft stellt „Ragweed“, besonders in Ackerkulturen die im Herbst geerntet werden, zunehmend ein Problem dar. Betroffen sind unter anderem Sonnenblumen, Soja, Mais, Ölkürbis, Zuckerrüben und Kartoffeln. Die Ausbreitung der Pflanze ist schwierig zu kontrollieren, somit sind in bestimmten Pflanzenkulturen in Zukunft erhöhte Ernteeinbußen zu erwarten.

Bereits seit 2019 verfolgt das Burgenland das Ziel, die sich immer rasanter in Österreich ausbreitende Pflanze „Ragweed“ zu bekämpfen. Das Burgenland hat eine zentrale Meldestelle eingerichtet sowie ein eigenes Gesetz gegen die eingeschleppte Pflanze erlassen, nämlich das Burgenländische Ragweed-Bekämpfungsgesetz – Bgld. RBG (LGBl. Nr. 58/2021). Diesem Gesetz zufolge sind Grundstückseigentümer bzw. Verfügungsberechtigte verpflichtet, ein Grundstück durch aktive Maßnahmen in einem solchen Pflegezustand zu halten, dass dieses frei von Ragweed ist und dass eine

Weiterverbreitung von Ragweed-Samen möglichst verhindert wird. Die Pollenbildung bzw. die Pollenkonzentration von „Ragweed“ kann durch eine derartige, den Grundstückseigentümern verpflichtenden vorgeschriebene Entfernung der Pflanze eingedämmt werden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um eine wirkungsvolle Bekämpfung der Ragweedpflanze im Grazer Stadtgebiet sicherzustellen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Ja, danke auch für diese sehr wichtige Frage. Tatsächlich plagt es viele Menschen, und die Pflanze breitet sich wie viele Pflanzen ungemein schnell aus und ist für uns alle auch über das Stadtgebiet hinaus eine sehr gefährliche, gesundheitsgefährdende Sache. Insofern ist es wichtig zu betonen, dass es nicht nur um die Stadt geht, sondern eben, wie auch schon erwähnt, um Maßnahmen auf landesgesetzlicher Ebene, beziehungsweise sogar den Bund betrifft. Konkret zur Stadt kann ich nur sagen, es gilt so, wenn auf privaten Flächen, es geht von privaten Flächen, bis man von der Text- und Sportmedizin wieder reinmarschieren kann, auf privaten Flächen gemeldet wird oder festgestellt wird, dass es da Work-With gibt, dann tritt die Holding sozusagen die Initiative an und sieht sich das an und besichtigt das, wer jetzt mit den Grundstückseigentümern schaut, dass das rasch entfernt wird. Wir haben, beziehungsweise die Abteilung für Grünraum und Gewässer hat sich das Bild genau angeschaut, das Sie in der Anfrage mitgeliefert haben. Dazu kann ich nur sagen, dass das ist ein Bild im Reininghaus, nur zur Erklärung, dass die Holding da gleich ausgerückt ist und in dem Fall handelt es sich nicht um Ragweed, sondern wahrscheinlich um die Goldrute, und es ist zwar, ich weiß nicht, ob es jetzt schon entfernt worden ist, aber es ist zumindest kein Ragweed. Ich kann auch dazu sagen, dass Ragweed sehr, sehr oft

verwechselt wird mit dem gemeinen Beifuß. Das kann man erkennen, sage ich jetzt gleich, da es vielleicht wichtig ist für alle, die allergisch reagieren. Beifuß erkennt man, dass die Blattunterseite pelzig weiß ist, bei Ragweed ist es umfassend beidseitig grün. Das vielleicht habe ich auch gelernt, aber ist ein wichtiges praktisches Wissen. Insgesamt ist die Meldung von Ragweed -Vorkommen im steiermärkischen invasiven Artengesetz eine freiwillig zu meldende Pflanze. Also müsste man quasi im Landesgesetz auch dahingehend wie im Burgenland ändern. Meldungen werden in die Datenbank aufgenommen und in einer Verbreitungskarte dargestellt. Die Holding bzw. Grünraumamt selbst geht durchschnittlich eine Bestätigung, Meldung im Jahr von Ragweed ein bei der Holding. Also die Meldungen erfolgen nicht sehr oft. Meistens sagt die Holding bzw. die damit beschäftigten Menschen, das Personal, dass es meistens tatsächlich um eine Verwechslung geht und wenn sowas kommt auf den Flächen der Stadt Graz, dann wird sofort ausgerissen, gemäht, beziehungsweise und das erkläre ich jetzt ein bisschen, auch andere Maßnahmen gesetzt. Also im Grünraum und Parkflächen wird auf der Ebene der Pflege und Erhaltung gemäß der Servicevereinbarung gemäht, ausgerissen, aber es wird dann auch ein interner Neophytenkataster bestückt, der wird auch schon geführt, also das alles passiert schon. Bei Neuerrichtungen von Park- und Grünflächen gibt es verschiedene Methoden. Eine ist zum Beispiel, wenn wir eine neue Fläche haben, wenn so eine neue Brache zum Park wird, wird vorher schon eine Zwischensaat ausgebracht, damit sozusagen das Aufkommen von Neophyten unterdrückt wird. Das ist zum Beispiel dort beim Nikolaus Harnoncourt Park passiert. Am Südgürtel hat man zum Beispiel durch gezieltes Mähmanagement die Neophyten bekämpfen können. Im Naturerlebnispark Spielbergweg, das ist beim Wickenburg-Steinbruch, den haben sich vielleicht viele mittlerweile angesehen, ein super Projekt, gemeinsam mit der Naturwerkstatt. Da wird teilweise händisch entfernt, also gezielte Entfernung von Neophyten und die werden dann auch aufgezeichnet, was da kommt. Sie werden aber auch sozusagen mit den Wurzeln dort entfernt. Im Stadtpark und in der gründlichen Köflacher Gasse wird über Mähmanagement die Ausbreitung entgegengewirkt und entlang der Grazer Bäche werden Neophyten mit entsprechenden Mähzyklen regelmäßig entfernt. Also

zusammengefasst, überall dort, wo es in Graz auftritt, gibt es entsprechende Maßnahmen. Das von Ihnen erwähnte Landesgesetz müsste man ändern und da entsprechende vielleicht gemeinsame Initiativen ergreifen. Und sonst ist es wirklich eine Sache von uns allen, da entsprechend aufzutreten und auch zu wissen, wenn es um Ragweed geht, dass man es auch ausreißt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke für diese ausführliche Beantwortung. Gibt es dazu überhaupt noch eine Zusatzfrage?

Klubobmann **Pascuttini**:

Danke für diese ausführliche Beantwortung. Ich darf nur sehr geringfügig korrigieren, also vielen Menschen wird das nicht helfen, weil das Ragweed doch nur der Beifuß ist, weil sehr viele in diesem Land auch an einer Beifußallergie leiden. Also das ist auch der lebende Kataster, und der blüht aktuell nicht. Wenn das Ragweed doch nur der Beifuß ist, weil sehr viele in diesem Land auch an einer Beifußallergie leiden, also das ist auch gleich von dem angeführten Kataster, und der blüht aktuell nicht. Also man muss dazu sagen, dass das wahrscheinlich doch mehr verbreitet ist, aber sehr wenig Aufmerksamkeit erhält. Deswegen meine kurze Nachfrage, im Burgenland gibt es eben diese Werteschwelle, die auch bei der Bevölkerung bekannt ist und genutzt wird. Könnten Sie sich so eine Wertestelle vergleichbar der Schau auf Graz-App vorstellen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Also das nehmen wir gerne mit als Anregung und können uns anschauen, ob das praktikabel ist, sicher.

**5.5 Frage 5: Wird ein Entsiegelungsmasterplan erstellt, der zu Reduzierung von Versiegelung und Wiederherstellung von Grünflächen dient?
(GR Pointner, Neos an VizeBgm Mag. Schwentner, Grüne)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächstes ist Herr Gemeinderat Pointner dran. Er stellt die Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Staatsregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Hörerinnen an den Live- und an den Geräten, an den Endgeräten, zunächst einmal wünsche ich uns allen eine konstruktive und beteiligende gemeinsame neue Sitzungsperiode und dass schon die erste Sitzung so verläuft.

Nachdem wir jetzt sehr viel über böse Pflanzen gehört haben, möchte ich ein gutes grünes Thema anschneiden. Es tut mir leid, dass quasi so ein Fragenbündel an die Vizebürgermeisterin einprasst. Aber es ist, glaube ich, ein wichtiges Thema. Es geht um einen möglichen Entsiegelungs-Masterplan. Wir wissen ja auch heuer wieder.

Graz ist halbwegs verschont geblieben von Umweltkatastrophen des Sommers und die Südsteiermark hat es massiv getroffen, aber es ist ein Thema, das uns in den nächsten Jahrzehnten weiter begreifen wird. Es wurde eine Studie des WF veröffentlicht, die uns vor Augen führt, dass wir dringend Lösungen für den Umgang mit versiegelten Flächen brauchen. Die Analyse hat ergeben, dass Graz unter den österreichischen Städten den dritten Platz bei der versiegelten Fläche pro Kopf einnimmt. Linz und Salzburg sind vor uns. Außerdem ist in Graz die versiegelte Fläche in den vergangenen zehn Jahren um 5,25 Prozent gewachsen. Das kommt aus der gleichen Studie hervor. Auch hier belegt Graz den unrühmlichen dritten Platz in Österreich. Also wir haben eine große Möglichkeit, endlich Entsiegelung in Angriff zu nehmen. Gestern waren wir auch im Ausschuss für Verkehr, Stadt, Raum und Grünraum, wo es um einige Stücke ging, wo entlang der Konrad von Hötzendorf Straße Großprojekte in den Angriff genommen werden, wo es wieder massive Versiegelungen geben wird. Deshalb meine

Frage

Werden Sie einen Entsiegelungs-Masterplan erstellen lassen und der Versiegelung entgegensetzen, der als zusätzliches Instrument zur Reduzierung übermäßiger Versiegelung und zur Wiederherstellung von Grünflächen dient?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

In Anbetracht der sich häufenden und intensiver werdenden Umweltkatastrophen, die auch längst in Österreich spürbar sind, ist es an der Zeit, dass auch auf kommunaler Ebene entschieden gehandelt wird.

Kürzlich wurde eine Studie des WWF veröffentlicht, die uns vor Augen führt, dass wir dringend Lösungen für den Umgang mit versiegelten Flächen finden müssen. Die Analyse hat ergeben, dass Graz unter den österreichischen Städten den dritten Platz bei der versiegelten Fläche pro Kopf einnimmt. Lediglich Linz und Salzburg rangieren in dieser Statistik noch vor Graz. Zudem ist die versiegelte Fläche in Graz in den vergangenen zehn Jahren um 5,25 Prozent gewachsen, wie aus derselben Studie hervorgeht. Auch in dieser Statistik belegt Graz den dritten Platz (https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230818_OTS0008/wwf-analyse-oesterreichs-groesste-staedte-immer-staerker-versiegelt).

Diese alarmierenden Zahlen machen die Notwendigkeit deutlich, dass die Stadtregierung umgehend wirksame Maßnahmen ergreifen muss, um die Versiegelung von Flächen zu reduzieren und eine nachhaltigere Stadtentwicklung zu fördern. Wir sollten dieser Angelegenheit höchste Priorität einräumen und gemeinsam daran arbeiten, unsere Stadt für kommende Generationen lebenswert und nachhaltig zu gestalten.

Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat die

Frage:

Werden Sie einen Entsiegelungsmasterplan erstellen lassen, der als zusätzliches Instrument zur Reduzierung übermäßiger Versiegelung und zur Wiederherstellung von Grünflächen dient?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Also mir ist das ein richtig riesiges Anliegen und ich glaube, ich betone es nicht nur zum ersten Mal. Wir haben gerade das Stadtentwicklungskonzept 408 eingebracht mit einer Zweidrittelmehrheit und wenn man sich das genau anschaut, das liegt leider, und ich hoffe noch immer auf die Zustimmung von Zweidritteln des Gemeinderats. Da sind sehr, sehr viele Maßnahmen gesetzt, um Versiegelung zu vermeiden, Entsiegelung zu forcieren, beziehungsweise den Grünflächenanteil insgesamt zu steigern. Das ist eine wichtige Sache in Bezug auf die Klimakrise, aber auch die Klimawandelanpassung. Ich möchte nur betonen in dem Zusammenhang, dass es bei gewissen Projekten sehr oft verwechselt wird, nämlich Versiegelung und Verdichtung. Verdichtung heißt, dass dort aufgebaut wird, gerade in der Konrad von Hötendorf Straße haben wir das bei einem kritisierten Projekt da rund um den Hofer in der Konrad von Hötendorf Straße genau das Thema, dass nämlich dort der Raum genutzt wird in die Höhe, um sozusagen das zu verdichten, in die Höhe aber nicht mehr zu versiegeln. Im Gegenteil, um durch den von uns im Staatsenat beschlossenen Grünraumfaktor, leider nicht mit ganzer Mehrheit beschlossenen Maßnahmen, auch entsprechenden Grünraum in dem Gebiet zu gewährleisten. Also es ist ein richtiges und riesiges und großes Anliegen. Wir tun da viele Dinge auf verschiedenen Ebenen. Wir haben einen Grundsatzbeschluss zur klimaorientierten Stadtentwicklung hier im Gemeinderat beschlossen. Der ist so etwas wie eine Strategie dafür, dass in allen Planungsfragen Entsiegelung, aber andere Maßnahmen zur Begrünung in unserer Stadt mitgedacht werden und alles, was sonst noch zur Klimaorientierung in der Stadtentwicklung dazugehört. Wir haben das Stadtentwicklungskonzept 408 vorgelegt und wie gesagt, ich hoffe dann nur im Sinne des Grünraums und unserer Gesundheit und der folgenden Generationen und Zustimmung, um endlich den Weg zu bereiten in die Richtung. Wir haben

Potenzialuntersuchungen für mögliche Baumstandorte vorgenommen in den Bezirken, die sehr versiegelt sind, wo es echt wichtig wäre, dass wir viel mehr Grünraum und Bäume haben, nämlich Jakomini, Griesß, die haben wir vorliegen und machen wir gerade. Wir überarbeiten gerade die Gestaltungsrichtlinie, den öffentlichen Raum mit entsprechenden Ausführungsstandards, darüber berichte ich dann gerne auch im Ausschuss natürlich, wenn es fertig ist. Wir haben ein laufendes Stadtbaumprojekt, Schwarmstadt sagt mittlerweile allen was und Umsetzungsprojekte von Bäumen, um sie besonders zu schützen auf Baumstandorten und wir haben aktuelle Planungen für kleinräumige Entsiegelungen im öffentlichen Raum im Zug von Straßenumbauten. Da muss ich mit Befremden sehen, dass es da Initiativen bei Pocket Parks gibt gegen Grünraum in einzelnen Bezirken, was wirklich erstaunlich ist, weil es sehr wichtig ist, überall wo es geht, Grünraum zu schaffen, damit Regenwasser versickern kann und wir vor Überschwemmungen geschützt sind und allen anderen Folgen von Starkregen und sonstigen Wetterereignissen. Was kann ich noch sagen? Eigentlich passiert wirklich viel dazu und deswegen, wir versuchen eben den privaten Bauträgern durch den Grünflächenfaktor bei allen Vorhaben vorzuschreiben und die Verordnung von Versiegelungsgraden basiert auch in Bebauungsplänen. Also im Grunde haben wir sowas wie eine Versiegelungsstrategie.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage bitte.

Gemeinderat **Pointner**:

Eine Entsiegelungsstrategie, schön, dass ich das dann noch ... Ja, das sind alle, ich würde gerne die Zusatzfrage stellen, kurz einleiten, wenn ich darf sehr löbliche Projekte, die Sie vorstellen und Absicht erklären, aber wir müssen ins tun kommen und es ist halt in den letzten zehn Jahren auch in Graz, auch dadurch unter Ihrer Stadtregierung, die Versiegelung weiter angewachsen. In den letzten zehn Jahren um 5,25 Prozent. Das heißt, meine Zusatzfrage, wenn wir den Stichtag heute nehmen, wie

viel Prozent der Stadtfläche werden bis 2026 entsiegelt werden? Gibt es da ein Ziel, damit wir den Trend einmal umkehren?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ja, ich würde gerne etwas klarstellen in dem Zusammenhang. Ich habe eine andere Zahl von der Stadtplanung bekommen, nämlich dass in den letzten Jahren von 2015 hat der Anteil aller bebauten, versiegelten Flächen in Graz 28,9% des Stadtgebietes umfasst. 2019 war es 30,1%. Das ist ein Zuwachs von 1,2 Prozent. Also vielleicht sollte man das vergleichen. Bei einem Bevölkerungszuwachs in dieser Zeit um 20.000 Menschen und es wurde ja in dieser Zeit gebaut. Seit meiner Zuständigkeit in den letzten beiden Jahren schauen, wie man sieht, das sind keine Absichtserklärungen, sondern Umsetzungserklärungen wir machen das nämlich und wenn man jeden Bebauungsplan in unserer Verantwortung jetzt durch den Gemeinderat gegangen ist, haben wir auch, wenn es sozusagen schon Bebauungspläne waren, die älter waren, genau darauf geschaut dass wir entsiegeln, dass wir den Grünflächenfaktor erweitern und dass wir so einen Grünraum schaffen. Insofern lasse ich das hier nicht stehen, dass das Absichtserklärungen sind, sondern es sind sehr, sehr viele Dinge passiert, die auch in der Stadt in der Form keine Praxis gehabt haben, weil eine klimaorientierte Stadtentwicklung als abteilungsübergreifende Vorgabe hat es nicht gegeben und es funktioniert, seitdem das in meiner Verantwortung ist.

5.6 Frage 6: Welche Brücken und Stege sind in den nächsten zwei Jahren von Sperren betroffen (GR Lohr, an VizeBgm Mag. Schwentner, Grüne)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Der Gemeinderat Lohr ist jetzt am Wort und die Frage geht an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

Gemeinderat **Lohr**:

Herr Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, ich komme zurück zum ersten Thema des heutigen Tages, das ist der Pongratz-Mur-Steg. Auch mich haben einige Anrainer natürlich angefragt, ja zum Moor, da gibt es auch unterschiedliche Aussprache. Ja, es gibt den Roger Mur, aber man kann auch Mur eben anders lautet aussprechen. Also da bräuchte man Expertise aus dem Kulturamt. Jedenfalls sind auch hier Anfragen an mich gelangt. Und es stellt sich dann immer die Frage, ob sowas vorhersehbar ist oder ob sowas plötzlich auftritt. Wir haben jetzt gelernt, dass in Zukunft dann in diesem Fall die Holding-Wasserwirtschaftsabteilung zuständig ist. Vielleicht könnte man denen dann auch mitgeben, wenn man dann Hinweistafeln aufstellt oder in Sperrdauer auf unbestimmte Zeit umsteht, dass das dann auch nicht sehr hilfreich ist und dass das nicht zur Beruhigung beiträgt. Ich möchte bei dem Thema noch in die Tiefe gehen. Sie sind ja noch zuständig. Wir haben auch über 200 Brücken in Graz. Laut Medienberichten gibt es rund 280 Brückentragwerke, sogar im Grazer Stadtgebiet, die regelmäßig überprüft werden. Der Zustand der Überführungen, vor allem die, die auf Hauptverkehrsachsen liegen, ist für die Grazer Verkehrsteilnehmer von großem Interesse und eine rechtzeitige Vorankündigung für eine notwendige Sperre ist wünschenswert. Ich stelle daher an Sie die

Frage

welche Brücken und Stege sind innerhalb der nächsten zwei Jahre von behördlichen Sperren bedroht?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreter!

Für viele Anrainer und Nutzer des Murradwegs R2 kam die Sperre des Pongratz-Moore-Stegs Anfang Juli sehr überraschend. Er stellt eine wichtige Verbindung zwischen den beiden Murufer dar und Spaziergänger überqueren ihn seit vielen Jahren. Die Ursache der Sperre ist eine Sicherheitsüberprüfung, deren Ende noch nicht absehbar ist. Wie es nach der Überprüfung weitergeht ist unklar. Die Angabe der Sperrdauer mit „unbestimmte Zeit“ auf den angebrachten Hinweistafeln trägt nicht gerade zur Beruhigung der angrenzenden Bevölkerung bei.

Laut Medienberichten gibt es rund 280 Brückentragwerke im Grazer Stadtgebiet, die regelmäßig überprüft werden. Der Zustand der Überführungen, vor allem die auf Hauptverkehrsachsen liegen, ist für die Grazer Verkehrsteilnehmer von großem Interesse und eine rechtzeitige Vorankündigung für eine notwendige Sperre ist wünschenswert.

Es ergeht daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende

Frage:

Welche Brücken und Stege sind innerhalb der nächsten 2 Jahre von behördlichen Sperren bedroht?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Ja, ich möchte vielleicht noch einmal klarstellen, der Pongratz-Mur-Steg ist im Zusammenhang, nur der Pongratz-Moore-Steg war bisher in der Verantwortung und der Zuständigkeit der Holding Wasserwirtschaft nicht alle Stege und Brücken, sondern bei dem Steg war es eben in Bezug auf das Wasserwerk, die Wasserleitungen, Strom, Gas, Telekom, wie gesagt, die Zuständigkeit, das ändert sich natürlich, wenn man jetzt den Steg sanieren oder neu errichten muss und ich möchte auch betonen in dem

Zusammenhang, dass die Zusammenarbeit mit der Hohen-Wasser-Wirtschaft und der Holding insgesamt zu dem Thema hervorragend war und wir uns da abstimmen. Man konnte das nicht genau sagen, bis wann es gesperrt ist, weil einfach die Gefahr im Verzug ist und man kann nichts sagen, wenn man nichts sagen kann. Wir bekommen das Gutachten und dann können wir hoffentlich, wie schon eingangs oder bei der vorigen Frage erwähnt, mehr sagen. Insgesamt sind uns allen Brücken als Symbole für Verbindung und Zusammenhalt, auch unserer Stadt eine sehr wichtige Einrichtung und wir wollen überall dort, wo es möglich ist, unseren Fluss von einer Straßenseite zur anderen überqueren können und dies auch weiterhin gewährleisten. Daher braucht es auch laufende Kontrollen und Untersuchungen. Ich habe bisher nicht herausfinden können, dass irgendein Steg oder eine Brücke jetzt in nächster Zeit beabsichtigt wird, gesperrt zu werden oder dass da in irgendeiner Form Gefahr im Verzug wäre. Das war ja beim Pongratz-Moore-Steg jetzt sehr unvorhergesehen und es musste rasch agiert werden. Das Einzige, was ich weiß und das Wissen alle da im Raum, weil es gemeinsam beschlossen ist, ist, dass die Tegethoffbrücke ertüchtigt wird, damit sie die Straßenbahn tragen kann in Zukunft und es ist die einzige mir derzeit bekannte Brücke, die ertüchtigt wird, damit sie die Straßenbahn tragen kann in Zukunft. Und es ist die einzige mir derzeit bekannte Brücke, die ertüchtigt wird.

Gemeinderat **Lohr**:

Ja, ich danke einmal für die detaillierte Beantwortung und die beruhigenden Worte. Wir haben ja dann alle Gelegenheit zu sehen, ob das dann auch immer so eintrifft. Dank auch in diesem Fall natürlich an die Mitarbeiter im Hause Graz, die natürlich für das Service und für die Überprüfungen zuständig sind. Gleich zur Frage, ja kommen wir zu Pongratz-Moore-Steg, kommen wir zu dem noch einmal zurück, können Sie sich auch hier eine provisorische Errichtung, weil das wird ja sicher länger dauern, bis dann das endgültige Bauwerk wieder steht, dass man hier ein provisorische schafft an diesem Standort in der Nähe, um die Ruhe zu überqueren. Ich denke hier auch, vielleicht könnte sogar die Feuerwehr oder gar die Pioniere des Bundesheers die

Unterstützung leisten und ein Projekt heraufbeschwören. Würden Sie eine provisorische Lösung anstreben oder können Sie sich das vorstellen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ja, vielleicht noch mal, unsere Behörde sagt auch in dem Fall, man kann nie ausschließen, dass es unvorhergesehene Ereignisse gibt, die können passieren und es kann immer passieren, dass man irgendwas sperren muss und das immer zur Sicherheit der Menschen und nie aus Jux und Tollerei. Also ich glaube, soweit sind wir uns einig hier im Raum. Was den Pongratz-Moore-Steg betrifft, so bin ich für alles zu haben, was schnell geht. Aber man muss es gut prüfen. Es muss leistbar sein, es muss sicher sein und es muss vor allem realisierbar sein. Auch da verlasse ich mich auf unsere Fachabteilungen, die das jetzt genau und eingehend prüfen werden, wie wir schnell die Überquerung der Mur im Norden wieder gewährleisten können. Ich glaube, es ist uns allen ein riesiges Anliegen.

5.7 Frage 7: Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt von behinderten Menschen im Wirkungsbereich. (GR Ulrich, KPÖ an StR Hohensinner, ÖVP)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächstes stellt Herr Gemeinderat Ulrich seine Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner.

Gemeinderat **Ulrich**:

Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher aus der Galerie und daheim auf den Bildschirmen. Sehr geehrter Herr Stadtrat, Menschen mit Behinderung haben es am Arbeitsmarkt besonders schwer. Sie sind in vielerlei Hinsicht mit Problemen konfrontiert, die ihnen das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben oftmals unmöglich erscheinen lassen. Dazu zählen Diskriminierung, mangelnde Freiheiten, geringere Entlohnung und generell strukturelle Behinderung. Um Ihnen ein Berufsleben zu ermöglichen, gibt es dann das

sogenannte Behinderteneinstellungsgesetz. Es sieht vor, dass Unternehmen ab 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumindest einen begünstigten behinderten Menschen einstellen müssen, weil sie einen Behinderungsgrad von mindestens 50 Prozent haben. Tun sie das nicht, ist dann diese sogenannte Ausgleichstaxe von € 292,00 monatlich zu entrichten. Diese steigert sich bis zu maximal € 435,00 ab 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. Angestellten im Betrieb. Das eingehobene Geld fließt in den zugehörigen Ausgleichstaxfonds aus, dem Zweck gebunden, Menschen mit Behinderung bzw. integrative Betriebe zu fördern. Das muss man jetzt sagen, bei aller Wertschätzung für die zahlreichen Betriebe, die die Inklusion behinderter Menschen wirklich voranbringen und durch Einstellungen am Arbeitsmarkt unterstützen. Die Frustration über die Mehrheit der Betriebe, die lieber die als Behindertenbesteuer bezeichnete Zahlung leisten, bleibt. Diese 292 Euro scheinen aktuell zumindest kein großer Anreiz zu sein, einem Menschen mit Behinderung ein geregelteres Einkommen zu ermöglichen. Umso wichtiger ist es, jetzt wollen wir ja auch eine Inklusionsstrategie kriegen, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, um den Menschen mit Behinderung eine echte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage

Was unternehmen Sie in Ihrem Wirkungsbereich, um die Inklusion behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Menschen mit Behinderung haben es am Arbeitsmarkt besonders schwer. Sie sind in vielerlei Hinsicht mit Problemen konfrontiert, die ihnen das Recht auf Teilhabe im Arbeitsleben oftmals unmöglich erscheinen lassen. Dazu zählen Diskriminierung,

mangelnde Barrierefreiheit, geringere Entlohnung und allgemein strukturelle Behinderungen.

Um ihnen ein Berufsleben zu ermöglichen, gibt es das sogenannte „Behinderteneinstellungsgesetz“. Es sieht vor, dass Unternehmen ab 25 Mitarbeiter:innen zumindest einen begünstigt behinderten Menschen einstellen müssen. Tun sie das nicht, so ist eine „Ausgleichstaxe“ von 292 Euro monatlich zu entrichten. Diese steigt sich bis zu maximal 435 Euro, ab 400 oder mehr Angestellte im Betrieb. Das eingehobene Geld fließt in den „Ausgleichsfonds“, aus dem zweckgebunden Menschen mit Behinderung bzw. integrative Betriebe gefördert werden.

Bei aller Wertschätzung für die zahlreichen Betriebe, die die Inklusion behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt durch Einstellungen unterstützen, bleibt doch die Frustration über die große Mehrheit, die lieber die als „Behindertensteuer“ bezeichnete Zahlung leisten. Diese 292 Euro scheinen kein allzu großer Anreiz zu sein, einem Menschen mit Behinderung ein geregeltes Einkommen zu ermöglichen.

Umso wichtiger ist es, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, um den Menschen mit Behinderung eine echte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage:

Was unternehmen Sie in Ihrem Wirkungsbereich, um die Inklusion behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen?

Stadtrat **Hohensinner**:

Lieber Philipp, danke für die Frage. Ich habe in der Vergangenheit schon sehr, sehr viel unternommen und werde auch in Zukunft sehr viel unternehmen, weil ich wirklich davon überzeugt bin, dass die nachhaltigste Sozialpolitik ist, Menschen in Beschäftigung zu bringen, ob mit oder ohne Behinderung. Ich möchte kurz vier Punkte nennen, was ich bisher gemacht habe und noch vorhabe.

Der erste Punkt ist, dass es wichtig ist, dass wir als Stadt Graz Vorbildwirkung haben.

Dass wir eben nicht die Behindertenausgleichstaxe bezahlen, sondern dass wir unserer Verantwortung nachkommen. Das haben wir in den letzten 20 Jahren gemacht. Früher hat es geschützte Arbeitsplätze geheißen, jetzt heißt es begünstigte Arbeitsplätze. Das haben wir immer in etwa mit 116 Menschen im Haus Graz gemacht und ich hoffe, dass das auch in Zukunft weiter der Fall sein wird.

Der zweite Punkt ist, dass ich, als ich noch zuständig war für Arbeit und Beschäftigung

in der Stadt Graz - derzeit ist ja Robert Krotzer zuständig - eine Broschüre für

Unternehmen erstellt habe. Diese Broschüre haben wir gemeinschaftlich mit der AK

und der WK erstellt, um den Unternehmen zu zeigen, welche Förderungen sie

beantragen können, wenn sie Menschen mit Behinderung einstellen. Wir haben auch

klar gemacht, dass es keinen Kündigungsschutz gibt und haben erklärt, dass es wichtig

ist, dass man das den Unternehmen erklärt, damit sie den Schritt wagen und

Menschen mit Behinderung eine Chance geben. Vielleicht könnte man diese Broschüre wieder neu auflegen.

Der dritte Punkt ist mir wichtig, dass wir nicht nur Menschen mit einer

Leistungsfähigkeit über 50 Prozent eine Chance geben, sondern auch Menschen, die

nach der jetzigen Gesetzeslage nur in einer Beschäftigungswerkstätte arbeiten können.

Wir haben in der Vergangenheit einige Projekte aufgesetzt, bei denen die Stadt Graz

und die Firma den Betrag zahlen, den der Mensch leisten kann und die öffentliche

Hand den Rest auf den Kollektivvertrag. Es kostet den Staat und das Land nicht mehr.

Der Mensch, der am ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen kann, hat dadurch ein ganz

anderes Selbstbewusstsein und kann sich auch selbst sozial versichern. Diese Projekte

möchte ich weiter forcieren. Es müssten aber auch Bundesgesetze geändert werden,

damit der erste Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung generell geöffnet werden kann.

Der vierte Punkt ist, dass in der Inklusionsstrategie, die mit einem breiten Beteiligungsprozess erstellt wurde, ein Schwerpunkt auf Arbeit und Beschäftigung liegt. Es wird betont, dass genau diese Projekte weiter forcieren werden und dass Firmen, die Menschen mit Behinderung beschäftigen, bei Auftragsvergaben bevorzugt werden. Ich kämpfe seit 20 Jahren dafür, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen integriert werden und hoffe, dass wir gemeinsame Sachen machen können. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage bitte.

Gemeinderat **Lohr**:

Ich habe mir das natürlich in der Inklusionsstrategie angeschaut, das Thema, was du meinst. Das ist unter Wirtschaft, das ist das klare Statement, hat zehn Zeilen, das ist sogar dein Vorwort, länger, wenn man ehrlich ist. Eine kurze Frage, weil du meinst, du hast den Arbeitgebern gesagt, dass sie dann auch nicht auf den Kündigungsschutz achten müssen. Du kannst dir vorstellen, dass ich als Gewerkschafter das durchaus ein bisschen anders sehe. Aber geben wir dem ganzen Kind einfach einen Namen jetzt. Da wir ja alle von der Inklusion behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt profitieren würden, sollte die Ausgleichstaxe auf zumindest ein durchschnittliches Bruttogehalt, beziehungsweise den kollektivvertraglichen Mindestlohn der jeweiligen Branche ausgedehnt werden. Oder in einfacher Sprache gesagt, eine Firma, die sich weigert, behinderte Menschen einzustellen, zahlt nachher einfach genau den Betrag, den sie zahlen wird für einen Menschen ohne Behinderung. Da ist halt die Frage, bist du bereit, dich dafür einzusetzen, dass es hier zu einer Gesetzesänderung kommt?

Stadtrat **Hohensinner**:

Lieber Philipp, glaube mir, haben wir schon rauf und runter diskutiert und wir sind zum Schluss gekommen, auch mit Vertretern und Selbstvertretern, dass eine Bestrafung nicht zum Ziel führt. Vielmehr sollten wir durch Broschüren, Beratungen und Aufklärung dafür sorgen, dass mehr Menschen mit Behinderung Beschäftigung finden. Wenn wir die Firmen bestrafen, führt das nicht zu mehr Einstellungen. Von dem her bin ich dafür, dass wir das Service, die Unterstützung und die Aufklärung forcieren und nicht das Bestrafen. Danke sehr.

**5.8 Frage 8: Umsetzung Fahrradstraßen im Grazer Stadtgebiet.
(GR Hopper, ÖVP an VizeBgm Mag. Schwentner, Grüne)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nächste Frage ist von Frau Kollegin Hopper. Sie stellt die Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

Gemeinderätin **Hopper**:

Liebe Vizebürgermeisterin Schwentner. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierungsmitglieder, geschätzte Bundesbürgermeisterin, ich möchte die Frage ganz kurz halten, vielleicht gehe ich da noch etwas aus. Das Thema ist Fahrradstraßen. Sie haben schon ganz lange heute auch lange ausgeführt, wie wichtig das Fahrradfahren ist. Aus diesem Grund eine Frage, die uns jetzt noch nicht ganz klar ist, beziehungsweise noch nicht so auffindbar ist. Eine Aufstellung über die zukünftige Planung Fahrradstraßen und hiermit meine

Frage

auf welchen weiteren Straßen, beziehungsweise auf welchen Abschnitten dieser entsprechenden Straßen im ganzen Stadtgebiet werden, entweder noch dieses Jahr oder im folgenden Jahr Fahrradstraßen von Ihnen umgesetzt?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Mag.a. Schwentner!

*Aus gegebenem Anlass stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin,
folgende*

Frage:

„Auf welchen weiteren Straßen bzw. auf welchen Abschnitten dieser Straßen im Grazer Stadtgebiet werden noch heuer und im Jahr 2024 Fahrradstraßen von Ihnen umgesetzt?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke für die Frage. Ich möchte nur erwähnen, ich habe heute noch kein einziges Mal über Fahrradfahren geredet, sondern über Stege, Working und sonstige Dinge. Aber Fahrradfahren, schön, dass ich bekannt bin, dass ich selbst gerne mit dem Fahrrad unterwegs bin. Politisch ist mir das Zu-Fuß-Gehen, das Radfahren und das Öffifahren gleich wichtig, dahin gehend beantworte ich auch gerne die Frage. Es gibt uns nämlich die 33. Novelle der SPVO, das war im Oktober 2022 im Nationalrat beschlossen, die Möglichkeit, in den Gemeinden leichter Fahrradstraßen zu verordnen. Nämlich Fahrradstraßen, die zu bestimmten Zeiten oder zu Zwecken der Durchfahrt mit Kfz befahren werden dürfen. Früher war das nicht der Fall. Das heißt, wir reden jetzt nicht vom Fall, der jetzt einige Gemüter erregt hat, aber mit der sehr, sehr viele Menschen sehr zufrieden sind und nicht viele Zuschriften bekommen, der Marburger Straße, wo es ein Durchfahrtsverbot gibt, sondern wir reden von Fahrradstraßen, wo auch Kfz-Verkehr möglich ist und trotzdem eine Sicherheit oder entsprechendes sichere Fahren für Radfahrerinnen auch gewährleistet sein kann. Fahrradstraßen bringen insgesamt große Vorteile mit sich, weil sie sind eine sichere und schnelle Radverbindung. Sie können sehr kostengünstig umgesetzt werden. Vielleicht nochmal das Beispiel, 100 Meter Fahrradstraße kosten ungefähr € 10.000,00 bis € 20.000,00. 100 Meter Radweg

kosten aber € 200.000,00. Das heißt, überall wo es möglich ist, schauen wir, dass auch Fahrradstraßen umgesetzt werden können, seitdem wir das auch können. Wir haben deswegen auch die Verkehrsplanung damit beauftragt, einen Kriterienkatalog zu erstellen, wie in der Gemeinde Graz solche Fahrradstraßen umgesetzt werden können, beziehungsweise welche Straßen überhaupt in Frage kämen und weiter bewertet werden sollten oder könnten. Wir haben auch im Gemeinderat, das ist mehrheitlich zum Glück, ein Budget für Fahrradstraßen beschlossen.

Jetzt ganz konkret zu Ihrer Frage. Es sind für 2023 und 2024 vier weitere Straßen bzw. Straßenzüge in Planung. Das eine ist die Gaswerkstraße, die wurde schon sehr, sehr oft bei uns darum gebeten, auch aus dem Bezirk da eine Fahrradstraße zu machen. Die bietet sich an, weil dort ganz wenig Autoverkehr ist und im Zuge dessen könnte, die auch aus dem Vorrangstraßennetz genommen werden und in Tempo 30 eingeführt werden. Das deutet alles darauf hin, dass auch keine Poller notwendig sind, das heißt, da kann ein Kfz durchfahren. Eine weitere Route, eine ganz wichtige, die nämlich das LKH mit der Uni, dem Univiertel und dem Stadtzentrum verbindet, ist die Leechgasse, Rückertgasse, Schanzelgasse, über den Sonnenfelsplatz. Wir wissen, dass das ganz, ganz viele Menschen in Anspruch nehmen, um die Elisabethstraße, die wirklich gefährlich ist für Radfahrerinnen, zu vermeiden. Da kann man, da wird es auch gerade, die Durchführung läuft da gerade, um zu schauen, inwieweit das durchsetzbar ist. Das wird gerade geprüft. Wäre aber eine super Radachse, aber auch da muss sozusagen, wenn man den Radverkehr stärkt, Sichtbarkeit und Sicherheit gewährleistet sein. Beauftragt wird die Verkehrsabteilung gerade in Bezug auf die Laimburgasse, also Wickenburggasse, die Vogelweiderstraße, die ist auch schon im Masterplan, der hier einstimmig beschlossen worden ist, als Leitprojekt identifiziert worden, weil es auch aus dem Bezirk immer wieder an uns herangetragen worden ist, das Anliegen als wichtige Radachse im Bezirk Geidorf. Und auch dort muss man jetzt sozusagen erst prüfen, inwieweit es möglich ist, auch in Bezug auf den Kfz-Verkehr. Was wir auch prüfen, ist eine temporäre Fahrradstraße in Neutorviertel, auch da laufen die Prüfungen und wie in jedem Fall gilt, dass der Ausschuss dann für entsprechenden Möglichkeiten und Ergebnisse auch informiert wird. Also die oben gelisteten oder die

jetzt von mir erwähnten Straßen, da werden Verkehrserhebungen durchgeführt. Ob das möglich ist. Was ich betonen möchte, ist, weil das ja das Thema war mit Entsiegelung, dass überall dort, wo wir neue Gestaltungsmöglichkeiten vorfinden, dass auch immer dort entsiegelt wird und geschaut wird, ob es Möglichkeiten für neue Baumstandorte gibt. Das ist ja das Integrative in der Radoffensive und das Besondere, dass wir schauen, wie wir den Querschnitt im Straßenraum jeweils neu nutzen, neu verteilen, im Sinne der Sicherheit, der Gesundheit und des Grünen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage.

Gemeinderätin **Hopper**:

Ja, sehr gerne. Ich möchte den Sicherheitsaspekt auf alle Fälle umschleichen und auch mich bedanken für die Informationen zu den Vorplanungen, die bereits bestehen. Ich habe es so verstanden, dass noch keine passiert sind, aber dass auf alle Fälle Planungen, Prüfungen, Erhebungen entsprechend für diese vier Projekte gerade gemacht werden und der Ausschuss dann, wie Sie gerade zugesagt haben, entsprechend informiert wird. Wir sind auch als Volkspartei in der Zielsetzung und an der Umsetzung der Rad-Offensive höchst interessiert und ich möchte mich auch da bedanken dafür, dass man das auch im Ausschuss dann entsprechend auch bespricht. Was aber aus unserer Sicht noch viel wesentlicher ist, dass man es im Ausschuss dann hat, ist etwas, das bei der von Ihnen angesprochenen Marburger Straße aus unserer Sicht noch viel wesentlicher ist und das haben Sie auch bestimmt als Rückmeldung bekommen, etwas untergegangen ist, nämlich die Kommunikation mit den Anrainerinnen und Anrainern vor Ort. Das ist etwas, was von vielen Seiten an uns herangetragen wurde, dass das unzureichend war und sich manche direkt überrumpelt gefühlt hatten und da ist meine Frage deshalb, wenn Sie welche ganz konkreten Planungen und Vorgaben haben Sie bis jetzt oder Zielsetzungen haben Sie bis jetzt getroffen, um diese Kommunikation zukünftig besser umzusetzen, sodass man die

Menschen auch wirklich mitnehmen kann auf diesem Weg hin zur gesamten Mobilität und nicht nur einfach nur in der Fahrradstraße vorzusetzen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Vielleicht eines zur Korrektur. Fahrradstraßen werden niemandem vorgesetzt, sondern es kommen sehr, sehr viele Bitten und Anliegen aus den Bezirken an uns, die wir dann gerne aufgreifen und umsetzen und wir versuchen in jedem Fall und immer umfassend zu erklären, zu kommunizieren. Das ist auch in dem Fall passiert. Ich glaube, vieles war unklar, was eine Fahrradstraße wirklich ist. Deswegen gehe ich jetzt auch bemüht darum, das noch einmal zu erklären, was das in Zuge der StVO bedeutet und natürlich werden in allen Bezirken, wo jetzt Fahrradstraßen angedacht sind, entsprechende Infoveranstaltungen oder Informationen basieren, vor allem der Anrainerinnen, damit keine Verunsicherung passiert. Ich würde aber auch die geschätzten Mitglieder des Gemeinderats bitten, nicht zur Verunsicherung beizutragen, sondern zu gemeinsamen Informationen über beschlossene Projekte.

5.9 Frage 9: Überarbeitung des Anmeldeformulars für schulische Tagesbetreuung entsprechend dem Vorschlag. (GR Wutte, Grüne an StR Hohensinner, ÖVP)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Kollegin Gemeinderätin Wutte mit einer Frage, an Stadtrat Hohensinner.

Gemeinderätin **Wutte**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Galerie, lieber Kurt, du hast eh schon Scherze gemacht, es ist in jeder Gemeinderatssitzung eine Frage von mir an dich, wieder eine, passend zum Schulbeginn nämlich. Ja, es gibt natürlich bei Schulbeginn, du weißt das auch, du hast auch einen Sohn im Volksschulalter, immer viele Fragen zu klären für die Eltern. Mir ist jetzt in unserer Schule aufgefallen, dass bei einem Informationsabend für

Nachmittagsbetreuung auch abgefragt wurde, welche Allergien die Kinder haben, eben in dem Mittagessen und es hat sich dann herausgestellt, dass es jetzt eine Zeit lang dauert, bis das bearbeitet wird und bis die Kinder dann wirklich das passende Essen auch an die Schule bekommen können, und jetzt habe ich mir halt gedacht, das wäre eigentlich ein super Service für die betroffenen Familien. Wir wissen auch, so Nahrungsmittelunverträglichkeiten sind auch leider am Steigen. Also es gibt immer mehr Kinder, die davon betroffen sind. Und ich meine, es wäre eine gute Sache für die Eltern, wenn man das vielleicht vorab erheben könnte. Es gibt ja das Formular, wo man sich für die Nachmittagsbetreuung oder für einen Hort anmeldet. Das macht man schon vor den Sommerferien. Da wird eben zum Beispiel abgefragt, wie viele Tage man die Nachmittagsbetreuung braucht. Diverse persönliche Daten werden abgefragt, aber meines Wissens nach eben nicht zur Allergie und es wäre zum Beispiel, glaube ich, eine unkomplizierte Möglichkeit, wie man das frühzeitig abfragen könnte, dann auch schon an die Schulen übermitteln könnte, wie auch immer und dann würde man sehen, Familienglauben haben großen Gefallen, wenn jetzt nicht am Anfang der Schulzeit sozusagen die Kinder ohne Essen dastehen. Deswegen meine

Frage

an dich, bist du bereit, zum Beispiel das Anmeldeformular für die schulische Tagesbetreuung oder etwas anderes, was dir geeignet erscheint, ebenso zu adaptieren, dass das vor den Sommerferien schon abgefragt wird und einfach bei Schulbeginn dann schon entsprechend das Essen zur Verfügung gestellt werden kann?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

lieber Kurt,

zu Schulbeginn gibt es natürlich für alle Eltern und Kinder viele Fragen an der Schule zu klären. Beim Informationsabend der schulischen Tagesbetreuung ist mir aufgefallen,

dass Allergien / Nahrungsmittelunverträglichkeiten bei den Kindern abgefragt wurden. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass die Küche Graz bei den von ihr gelieferten Mittagessen auf einige häufige Unverträglichkeiten Rücksicht nehmen kann. Bis die Zustellung der Menüs aber funktioniert, kann dies bis zu vier Wochen dauern.

Das Formular für die Beitragsberechnung für die Tagesbetreuung wird von allen Eltern bereits vor dem Sommer beim ABI oder den Servicestellen abgegeben. Im Zuge der dort erhobenen Daten könnte eventuell auch das Thema „Allergien / Unverträglichkeiten“ abgefragt werden, damit die Kinder im Herbst möglichst frühzeitig, im Idealfall zu Schulbeginn, das für sie geeignete Essen bekommen können.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an dich:

Bist du bereit, das Anmeldeformular für die schulische Tagesbetreuung entsprechend dem genannten Vorschlag (Erhebung von Unverträglichkeiten und frühzeitige Übermittlung an die Küche Graz) zu überarbeiten?

Stadtrat Hohensinner:

Liebe Manuela, du hast es ja gesagt, wir haben oft ein Gespräch in der Gemeinderatssitzung und ich glaube gerade bei unseren Kindern in den Bildungseinrichtungen ist es egal, woher eine gute Idee kommt, ob das jetzt die FPÖ einbringt oder die Grüne Fraktion oder von uns selbst quasi ins Spiel gebracht wird. Ich bin immer für gute Ideen da, als Bildung statt hat und deswegen sage ich einmal ja, ich werde die Idee aufnehmen und umsetzen. Wichtig ist, dass der Datenschutz nicht verletzt wird, das werden wir noch prüfen in der Abteilung, aber bedanke mich für den Vorschlag.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage noch?

Gemeinderätin **Wutte**:

Nein, also ich freue mich sehr, dass du das einfach übernimmst und ich denke, die Betroffenen sind sehr erleichtert und erleichtert.

Ende Fragestunde: 13:30 Uhr